

Name der Kommune

Regionalschlüssel

**Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung gemäß Art. 11 FAG**

(Kameralistik)

<b>1. Antragsteller</b>	
Name der Kommune	
Adresse	
Bankverbindung mit BIC und IBAN	
Ansprechpartner	
Telefon	
E-Mail	
Einwohnerzahl am 31.12.16	

<b>2. Antragsgrundlagen</b>	
<b>2.1 Antrag auf klassische Bedarfszuweisung 2017</b>	
Begründung des Antrags	
Begründungstext für Sonstiges 2017	
Kosten aktuelles Haushaltskonsolidierungsgutachten	
Antragshöhe klassische BZ 2017 in €	

<b>2.2 Antrag auf klassische Bedarfszuweisung 2018</b>	
Begründung des Antrags	
Begründungstext für Sonstiges 2018	
Kosten aktuelles Haushaltskonsolidierungsgutachten	
Antragshöhe klassische BZ 2018 in €	

<b>2.3 Antrag auf Stabilisierungshilfe 2018</b>	
Antragshöhe in €	

<b>3. Verwendungsabsicht der beantragten Stabilisierungshilfe</b>			
Verwendung für	Konkrete Bezeichnung (DarlehensNr. oder Sollfehlbetrag aus Jahr oder Investitionsbezeichnung)	voraussichtlicher Verwendungszeitpunkt (Tilgungsdatum/ Jahr)	Betrag in €
Sondertilgung 1			
Sondertilgung 2			
Sondertilgung 3			
Sondertilgung 4			
Sollfehlbetrag			
Investition 1			
Investition 2			
Investition 3			
Investition 4			

**Summen**

**Beigefügte Anlagen** (bitte entsprechendes ankreuzen):

**Lt. Karteireiter dieses Antragformulares:**

- Finanzübersicht
- Einnahmenübersicht 2012-2018
- Aktuelle Finanzlage
- ggf. ergänzende Stellungnahme der antragstellenden Kommune ("StN Gemeinde")
- sofern beantragt: Anlage StabiH

**Zudem immer beizufügen:**

- Aufstellung freiwillige Leistungen incl. Rechnungsergebnisse der defizitären Einrichtungen (z.B. Bäder, Museen, Sporthallen, Dorfgemeinschaftshäuser) der letzten 3 Jahre

**Bei Antrag auf Stabilisierungshilfen zusätzlich ( *sofern* noch nicht im Rahmen der Prüfung der Vorjahres-Stabilisierungshilfe eingereicht):**

- Haushaltskonsolidierungskonzept
- Tabellarische Übersicht zum HHK (gem. Anlage zum FMS vom 9.3.2018)
- Investitionsprogramm (in Excel-Format)
- Aufstellung aller bestehenden Darlehen unter Angabe des Zinsbindungszeitraums und der Sondertilgungsmöglichkeiten
- Aufstellung zu Schulden und Verlusten außerhalb des Haushalts
- rechtsaufsichtliche Haushaltswürdigung 2018 (ggf. nachreichen)

Hiermit versichere ich, dass die Antragsunterlagen vollständig und wahrheitsgemäß erstellt, sowie alle geforderten Anlagen elektronisch beigefügt worden sind.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

## Finanzübersicht

Name der Kommune	Regionalschlüssel				abgerechnet	HPI2018	FinPlan 2019
in €	2013	2014	2015	2016	2017		
<b>Jahresrechnung</b>							
bereinigte Solleinnahmen Vw-HH							
bereinigte Solleinnahmen Vm-HH							
Zuführung zum Vm-HH insgesamt (Gr. 86)							
davon: Zuführung für Sonderrücklagen (UGr.861-869)							
Zuführung vom Vm-HH (Gr. 280)							
Sollüberschuß/Sollfehlbetrag aus Jahresrechnung							
Innere Verrechnung (UGr. 169)							
Rückflüsse von Darlehen (Gr.32)							
kalkulatorische Einnahmen (Gr. 27)							
Einnahmen aus Veräußerung von AV (Gr.34)							
<b>allgemeine Rücklagen 1.1.</b>							
Zuführung (UGr. 910)							
Entnahme (UGr. 310)							
allgemeine Rücklage 31.12.							
<b>Summe Sonderrücklagen 1.1.</b>							
Zuführung (UGr. 911-919)							
Entnahme (UGr. 311-319)							
Summe Sonderrücklagen 31.12.							
<b>Verschuldung innerhalb des Haushalts 1.1.</b>							
Kreditaufnahme (Gr.37)							
davon: Umschuldungen (UGr. 37x7 und 37x9)							
Tilgung (Gr. 97)							
davon: ordentliche Tilgung (UGr. 97x6 und 97x8)							
Verschuldung innerhalb des Haushalts 31.12.							
<b>Verschuldung außerhalb des Haushalts 31.12.</b>							
Bedarfszuweisungen klassisch							
Stabilisierungshilfe							
StabiH des akt. Jahres, die bis 31.12. verwendet wurde							
Investitionspauschalen n. Art. 12 FAG							

Name der Kommune

Regionalschlüssel

1. Einnahmen in den Haushaltsjahren 2012 bis 2018

	2012		2013		2014		2015		2016		2017		2018	
	Hebe- satz	Rechnungs- Ist	Hebe- satz	Rechnungs- Ist	Hebe- satz	Rechnungs- Ist	Hebe- satz	Rechnungs- Ist	Hebe- satz	Rechnungs- Ist	Hebe- satz	Rechnungs- Ist	Hebe- satz	Ansätze lt. HH- Plan
	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€
Grundsteuer A														
Grundsteuer B														
Gewerbesteuer														
Realsteuern insgesamt														
ab: Gewerbesteuerumlage														
<b>Realsteuern netto</b>														
- Beteiligung an der Einkommensteuer														
- Einkommensteuerersatzleistungen														
- Beteiligung an der Umsatzsteuer einschließlich Härteausgleich														
- sonst. Steuern und steuerähnliche Einnahmen														
- Schlüsselzuweisungen														
Summe der Einnahmen														
Umlagen														
- Kreis-/Bezirksumlagen														
- Krankenhausumlage														
- Solidarumlage netto (HHSt 900.831)														
<b>Verbleibende Einnahmen</b>														

2. **Gewerbsteuereinnahmen 2017 und 2018 in €:**

Im der obigen Tabelle nicht enthaltene Gewerbsteuereinnahmen, die im Jahr 2017 vereinnahmt und auf Verwahrkonten gebucht wurden

**Gründe** für die Buchung von Gewerbsteuereinnahmen 2017 auf Verwahrkonten:

--

GewSt-Anordnungssoll zum 1. Mai 2018:

+ Kasseneinnahmereste (GewSt) aus Vorjahren

= Gesamtrechnungssoll 2018 (zum Stand 1. Mai 2018):


MUSTER

## 1. Ergebnisse nach der Jahresrechnung des abgelaufenen Haushaltsjahres 2017

## 1.1 Jahresrechnung 2017

in €	Einnahmeseite Vw-HH	Ausgabeseite Vw- HH	Einnahme- seite Vm-HH	Ausgabeseite Vm- HH
unbereinigtes Soll				
neue HH-Reste				
Abgang alter HH-Reste				
Abgang alter Kassenreste				
Zwischensumme				
Überschuss/Fehlbetrag Vw-HH (mit Ausgleich Vw-HH)				
Summe bereinigtes Soll nach Ausgleich Vw-HH				
Überschuss/Fehlbetrag Vm-HH				
Summe bereinigtes Soll nach Ausgleich Vm-HH				
Einstellung in Sonderrücklagen				
Ergebnis nach § 79 Abs.3 S.2 KommHV-Kameralistik (Ausgleichsbuchung Vm-HH)				
HH-Reste z. Übertragung				
Kassenreste z. Übertragung				

## 1.2 Herkunft des Überschuss/Fehlbetrag 2017:

Falls Überschuss/ Fehlbetrag vorhanden: Bitte Herkunft durch Angabe der sechs Haushaltsstellen mit den größten Abweichungen im Vergleich zum Haushaltsansatz erläutern (Ausgaben mit Minus angeben)

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz in €	Ergebnis in €	Differenz

## 1.3 Pflichtzuführung im HHJ 2017 nach Abzug der Ersatzeinnahmen

**ordentliche Tilgung**abzüglich **Ersatzeinnahmen:**

- Einnahmen aus Veränderung des Anlagevermögens (Gr.34)
- Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage (Gr. 310)

davon stammen aus:

- Haushaltseinnahmeresten (im Vorjahr nicht benötigte Kredite)
- Soll-Überschuss des Vorjahres

**Pflichtzuführung nach Abzug der Ersatzeinnahmen**

2. **Rücklagen**

Rücklagen 2017 in €	Zuführung 2017	Entnahme 2017	Stand 31.12.17	Mindestrücklage
<b>Allgemeine Rücklage</b>				
<b>Sonderrücklagen für:</b>				
Kostenrechnende Einrichtungen - Kostenüberdeckung aus Gebührenbemessung				
Rekultivierung und Nachsorge von Abfallbeseitigungsanlagen				
Kostenrechnende Einrichtungen - Abschreibungserlöse aus zuwendungsfinanziertem Investitionsaufwand				
nichtrechtsfähige, kommunal verwaltete Stiftungen				

Wurden (Sonder-)Rücklagen gebildet, die nicht explizit in § 20 Abs. 4 KommHV-Kameralistik aufgeführt sind, ist die Entwicklung der einzelnen (Sonder-)Rücklagen seit 2013 bzw. 2016 elektronisch miteinzureichen. Diese Rücklagen werden der allgemeinen Rücklage zugerechnet.

3. **Entwicklung der Kassenkredite (Art. 73 GO)**

Ein Sechstel der Einnahmen des Verwaltungshaushaltes  
Kassenkredithöhe lt. Haushaltssatzung des Jahres in €


Entwicklung der Kassenkredite 2018:

	Jan 18	Feb 18	Mrz 18	Apr 18	Durchschnitt
	€	€	€	€	€
Maximaler Betrag					
Niedrigste Ausschöpfung					
Durchschnittliche					

4. **Ausschöpfung Einnahmemöglichkeiten**

4.1 **Ergebnis der Jahresrechnung bei den kostenrechnenden Einrichtungen**

	letzter Kalkulationszeitraum (z.B. von 2014-2016)	Ergebnis des letzten Kalkulationszeitraums lt. Nachkalkulation in €	aktueller Kalkulationszeitraum (z.B. 2017-2019)	Das Ergebnis des letzten Kalkulationszeitraums wurde in Höhe von ___€ im aktuellen Kalkulationszeitraum berücksichtigt	Unterdeckung wurde vollständig berücksichtigt
Friedhof 1					
Friedhof 2					
Wasserversorgung 1					
Wasserversorgung 2					
Wasserversorgung 3					
Abwasserbeseitigung 1					
Abwasserbeseitigung 2					
Abwasserbeseitigung 3					

Begründung für fehlenden Ausgleich bei oben genannten Einrichtungen und/oder wenn Unterdeckungen nicht vollständig im aktuellen Kalkulationszeitraum berücksichtigt wurden:

4.2 **Erschließungsbeiträge** gemäß Art. 5a KAG  
Eigenbeteiligung der Gemeinde gem. Erschließungsbeitragsatzung in %

4.3 **Aktuelle Realsteuerhebesätze**  
Grundsteuer A mindestens im Größenklassendurchschnitt  
Grundsteuer B mindestens im Größenklassendurchschnitt  
Gewerbesteuer mindestens im Größenklassendurchschnitt

ja/nein	Hebesatz	GKL.-Ø 2016

Wenn nein, bitte hier jeweils begründen:



5. **Sollfehlbeträge aus Jahresrechnung 2013-2016**

Falls Sollfehlbeträge in den Jahren 2013-2016 entstanden sind, bitte die Ursachen einzeln nach Jahren darstellen und angeben, wann diese Fehlbeträge abgedeckt wurden.

Fehlbetrag 2013:		abgedeckt im Jahr
Fehlbetrag 2014:		
Fehlbetrag 2015:		
Fehlbetrag 2016:		

6. **In den letzten 3 Jahren durchgeführte bzw. begonnene Baumaßnahmen**

Bezeichnung	HH-Stelle	Gesamtkosten in €	Eigenanteil in €
<b>Baumaßnahmen (2015 - 2017)</b>	Gr. 94 - 96		
<i>Beispiel 1</i>			
<i>Beispiel 2</i>			
<i>Beispiel 3</i>			
<i>Beispiel 4</i>			
<i>Beispiel 5</i>			

7. **Freiwillige Leistungen in den letzten 3 Jahren (bitte im Anlagendokument erläutern)**

Bei der Aufstellung der freiwilligen Leistungen ist darauf zu achten, dass diese abschließend ist, u.a. sind auch Defizite der defizitären Einrichtungen (z.B. Bäder, Museen, Sporthallen, Dorfgemeinschaftshäuser) aufzuführen. Es wird darauf hingewiesen, dass **alle Ausgaben** und **Defizite** zu erfassen sind, die **nicht** den **Pflichtaufgabenbereich** betreffen.

	2015	2016	2017
Verwaltungs-HH in €			
Vermögens-HH in €			
<b>Gesamt in €</b>			
<b>Einwohner zum 31.12.</b>			
<b>Gesamt in €/EW</b>			

- Ende -

## Antragsabschnitt nur für Stabilisierungshilfe

### 1. Voraussetzungen

Die **drei** Voraussetzungen für Gewährung einer Stabilisierungshilfe sind

1. finanzielle Härte (1.1)
2. strukturelle Härte (1.2)
3. Konsolidierungswille (1.3)

### 1.1 Finanzielle Härte

Saldo der freien Finanzspannen in den letzten 5 Jahren vor Antragstellung muss negativ sein (Minuszeichen bedeutet negative freie Finanzspanne):

in T€	2013	2014	2015	2016	2017	Saldo 2013 bis 2017
Zuführung zum VmHH						
Zuführung zu Sonder-RL						
Zuführung zum VwHH						
ordentliche Tilgung						
Stabilisierungshilfe						
<b>freie Finanzspanne</b>						

**Wenn der Saldo positiv ist**, ist eine **dezidierte Begründung** der Kommune zur aktuellen Finanzlage erforderlich, um die finanziellen Härte darzulegen. Dabei ist u.a. auf die Entwicklung der freien Finanzspannen, Verschuldung und Rücklagen sowie die finanzielle Bewegungsfreiheit einzugehen.

**Begründung hier:**

MUSS

## 1.2 Strukturelle Härte

### a) geringe Steuerkraft

Die **Steuerkraft** ist im **Verhältnis zum jeweiligen Größenklassendurchschnitt** in den 5 Jahren vor dem Antragsjahr im Durchschnitt dieser 5 Jahre weit unterdurchschnittlich (in der Regel mindestens 20 % unter dem Größenklassendurchschnitt)

Abweichung der Steuerkraft der antragstellenden

Kommune zum jeweiligen Größenklassendurchschnitt:

in %

### b) überdurchschnittlicher Einwohner-Rückgang

In den letzten 10 Jahren vor dem Jahr der Antragstellung in der Regel ab einem Rückgang von 5 %

Einwohnerzahl am 31.12.2006

Einwohnerzahl am 31.12.2016

Einwohnerentwicklung

entspricht

in %


### c) geringe Einwohnerzahl im Verhältnis zur Fläche der Kommune

In der Regel höchstens 25% des Bayern-Durchschnitts 2016

EW/qkm der antragstellenden Kommune

Dies entspricht bezogen auf den Bayern-Durchschnitt

in %

### d) unterdurchschnittliche wirtschaftliche Leistungskraft

Hierzu können konkret vorliegende wirtschaftsstrukturelle Probleme einschließlich der Situation am Arbeitsmarkt vor Ort vorgebracht werden, z.B. hohe Arbeitslosenquote, (Angabe in %), Insolvenz großer Betriebe, schlechte Verkehrsanbindung, sonstiges

**Erläuterung** hier nur notwendig, wenn weder a) noch b) noch c) erfüllt werden:

### 1.3 **Konsolidierungswille**

Vorzulegen ist ein Haushaltskonsolidierungskonzept gemäß dem "10-Punkte-Katalog"  
**incl.** "Tabellarischer Übersicht zum Haushaltskonsolidierungskonzept".

Die **Erstellung** des **Haushaltskonsolidierungskonzepts** samt "Tabellarischer Übersicht"  
obliegt der antragstellenden Kommune und ist vom Gemeinde-/Stadtrat  
zu **beschließen**; das Haushaltskonsolidierungskonzept ist von der Gemeinde/Stadt **umzusetzen**.  
Konsolidierungsmaßnahmen sind nicht nur umzusetzen, sondern auch **fortlaufend** dahingehend zu  
prüfen, ob Anpassungen/Neuerungen zur Beibehaltung des Konsolidierungskurses erforderlich sind.

Sofern im Rahmen der örtlichen oder überörtlichen Rechnungsprüfung Einspar- oder  
Einnahmepotentiale festgestellt werden, sind diese in das Haushaltskonsolidierungskonzept  
einzuarbeiten.

#### Hinweis für Erstantragsteller:

Falls im Zeitpunkt der **erstmaligen** Antragstellung noch kein abschließendes  
Haushaltskonsolidierungskonzept erstellt werden konnte, ist Folgendes einzureichen:

- Haushaltskonsolidierungskonzept: **dessen bereits erarbeiteter Teil**, in dem die  
aktuellen und ggf. in der Vergangenheit (max. 5 Jahre zurückliegend) bereits  
beschlossenen Umsetzungen dargestellt werden samt "Tabellarische Übersicht zum HHK"  
und
- Beschluss des Gemeinde-/Stadtrates mit einer entsprechenden Absichtserklärung zur  
Erstellung eines 10-Punkte-Konzepts

Nur in **begründeten Ausnahmefällen** genügt bei **erstmaligen** Antragstellern ein Beschluss des  
Gemeinde-/Stadtrates mit einer entsprechenden Absichtserklärung zur Erstellung eines  
10-Punkte-Konzeptes.

## 2. **Schulden und Sondertilgungsmöglichkeiten**

### a) **Schulden:**

**Aufstellung über alle zum 31.12.2017 bestehenden Schulden** (siehe Anlagendokument)

#### Verschuldung innerhalb HH

davon: rentierliche Verschuldung (Wasser, Abwasser, Friedhof)  
übrige


#### Verschuldung außerhalb HH

davon: rentierliche Verschuldung (Wasser, Abwasser, Friedhof)  
übrige


Summe aller Geschäftsbesorgungsverträge


**Gesamtverschuldung zum 31.12.2017**

Summe aller Bürgschaften zum 31.12.2017

--

**b) Sondertilgungsmöglichkeiten (Bitte hierzu Anlagendokument ausfüllen bzw. beifügen):**

Aufstellung **aller** bestehenden **Darlehen** unter Angabe des jeweiligen Aufnahmezeitpunkts, Aufnahmebetrags, Zinsbindungszeitraumes und der Darlehensstände zum 31.12.2017 sowie 31.12.2018.

Zudem Angabe, ob in der Zeit von Oktober 2018 bis Dezember 2019 Sondertilgungsmöglichkeiten bzw. Ablösung von Darlehen mit auslaufender Zinsbindung (ohne Vorfälligkeitsentschädigung) bestehen.

Sollten im benannten Zeitraum keine entgeltfreien Tilgungen möglich sein, können auch entgeltbehaftete Sondertilgungen benannt werden (Hinweis: Sofern für entgeltbehaftete Sondertilgungen Stabilisierungshilfen gewährt werden, müsste das entstehende Vorfälligkeitsentgelt von der Kommune erbracht werden!)

**c) Verluste der Sondervermögen mit Sonderrechnung (insb. Eigenbetrieben), Kommunalunternehmen und Unternehmen in privater Rechtsform mit einer Beteiligung von über 50 %**

**(Bitte hierzu auch Anlagendokument ausfüllen)**

Entstanden im Jahr 2016 Verluste aus o.g. Betrieben?

Wurden diese durch die Kommune (bei Ugr. 715 und 717) gedeckt?

Wenn diese und/oder Verluste aus den Vorjahren (noch) nicht ausgeglichen wurden:

In welcher Höhe besteht ein noch auszugleichender Verlust?

Wann und wie soll dieser Verlust ausgeglichen werden?

**3. Investitionsprogramm**

Bitte Investitionsprogramm entsprechend § 24 Abs. 2 KommHV-Kameralistik für den aktuellen Finanzplanungszeitraum in das Anlagendokument einfügen (als Excel).

Kurzübersicht Investitionsprogramm 2018	Kosten	Eigenanteil lt. HPI.
Summe der 2018 geplanten Investitionen		
geplante Kreditneuaufnahme 2018		
Fremdfinanzierungsquote des Eigenanteils		

4. **Für Kommunen, die bereits 5 oder mehr Raten an Stabilisierungshilfe erhalten haben:**

<b>Schuldenabbau</b>	2017	2018	2019
Gesamtsumme der Kreditaufnahmen (ohne Umschuldung)			
Gesamtsumme der ordentlichen Tilgungen			
Verhältnis von Kreditneuaufnahme zu ordentlicher Tilgung			

**Wenn Verhältnis 2018 deutlich >67%:** Begründung für (fehlenden/geringen) Schuldenabbau sowie Maßnahmen, um das Ziel (finanzielle Leistungsfähigkeit) dennoch zu erreichen.  
Sofern Verhältnis >100 %: Angabe, wie Zins- und Tilgung für Netto-Neuverschuldung trotz Finanznotlage erwirtschaftet werden sollen (s. auch Nr. 1 des "10-Punkte-HHK"):

b) **Begründung des besonderer Bedarfs für mehr als 5 Raten Stabilisierungshilfe**

Hierbei ist insbesondere darauf einzugehen, warum die Kommune (aus finanzieller Sicht) mehr als 5 Raten Stabilisierungshilfe beantragt bzw. nach Ihrer Meinung erhalten soll sowie wann die finanzielle Leistungsfähigkeit erreicht werden soll.

-Ende-

Name der Kommune

Regionalschlüssel

### Finanzielle Bewegungsfreiheit

Haushaltsjahr	2014	2015	2016	2017	HPI 2018
Bezeichnung	€	€	€	€	€
1. Zuführung zum Vermögenshaushalt (Gr. 86)					
<b>abzüglich</b>					
1.1. Zuführung für Sonderrücklagen (UGr. 861-869)					
1.2. Bedarfszuweisungen (UGr. 051)					
1.3. Zuführung vom Vermögenshaushalt (Gr. 280)					
1.4. Ordentliche Tilgung von Krediten (Gr. 97)					
<b>zuzüglich</b>					
1.5. Rückflüsse von Darlehen (Gr. 32)					
1.6. Investitionspauschalen nach Art. 12 FAG					
<b>bereinigtes Ergebnis Zuführung VmHH</b>					
2. Gesamteinnahmen des Verwaltungshaushalts					
<b>abzüglich</b>					
2.1. Bedarfszuweisungen (UGr. 051)					
2.2. Innere Verrechnung (UGr. 169)					
2.3. kalkulatorische Einnahmen (Gr. 27)					
2.4. Zuführung vom Vermögenshaushalt (Gr. 28)					
<b>Bereinigte Einnahmen Verwaltungshaushalt</b>					
<b>finanzielle Bewegungsfreiheit</b>					
3. Verschuldung (innerhalb HH) zum 1.1. des jeweiligen Jahres in T€					
Tilgungsquote					
4. Verschuldung (außerhalb HH) zum 1.1. des jeweiligen Jahres in T€					

**Stellungnahme zum Antrag auf klassische Bedarfszuweisung und/oder  
Stabilisierungshilfe**

MUSTER